

WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2010 — 3225 [C – 2010/00499]

19 MEI 2010. — Wet houdende fiscale en diverse bepalingen Duitse vertaling van uittreksels

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de artikelen 27 tot 29 en 31 tot 40 van de wet van 19 mei 2010 houdende fiscale en diverse bepalingen (*Belgisch Staatsblad* van 28 mei 2010, *err.* van 1 juli 2010).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2010 — 3225 [C – 2010/00499]

19 MAI 2010. — Loi portant des dispositions fiscales et diverses Traduction allemande d'extraits

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande des articles 27 à 29 et 31 à 40 de la loi du 19 mai 2010 portant des dispositions fiscales et diverses (*Moniteur belge* du 28 mai 2010, *err.* du 1^{er} juillet 2010).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2010 — 3225

[C – 2010/00499]

19. MAI 2010 — Gesetz zur Festlegung steuerrechtlicher und sonstiger Bestimmungen Deutsche Übersetzung von Auszügen

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung der Artikel 27 bis 29 und 31 bis 40 des Gesetzes vom 19. Mai 2010 zur Festlegung steuerrechtlicher und sonstiger Bestimmungen.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST FINANZEN

19. MAI 2010 — Gesetz zur Festlegung steuerrechtlicher und sonstiger Bestimmungen

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

(...)

KAPITEL 9 — *Krisenmaßnahmen*

Art. 27 - Artikel 13 des Gesetzes vom 19. Juni 2009 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Beschäftigung während der Krise wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wörter "1. Juli 2010" werden durch die Wörter "1. Oktober 2010" ersetzt.
2. Die Wörter "30. Juni 2010" werden durch die Wörter "31. Dezember 2010" ersetzt.

Art. 28 - Artikel 28 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wörter "1. Juli 2010" werden durch die Wörter "1. Oktober 2010" ersetzt.
2. Die Wörter "30. Juni 2010" werden durch die Wörter "31. Dezember 2010" ersetzt.

Art. 29 - Artikel 31 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

1. Im ersten Satz werden die Wörter "30. Juni 2010" durch die Wörter "30. September 2010" ersetzt.
2. Im zweiten Satz werden die Wörter "30. Juni 2010" durch die Wörter "31. Dezember 2010" ersetzt.

(...)

KAPITEL 10 — *Krisenmaßnahmen für Selbständige*

Abschnitt 1 — *Begriffsbestimmungen*

Art. 31 - Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter:

1. Königlichem Erlass vom 18. November 1996: den Königlichen Erlass vom 18. November 1996 zur Einführung einer Sozialversicherung für Selbständige bei Konkurs und für ihnen gleichgestellte Personen in Anwendung der Artikel 29 und 49 des Gesetzes vom 26. Juli 1996 zur Modernisierung der sozialen Sicherheit und zur Sicherung der gesetzlichen Pensionsregelungen, bestätigt durch das Gesetz vom 13. Juni 1997, so wie er durch das Gesetz vom 19. Juni 2009 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Beschäftigung während der Krise abgeändert worden ist,

2. Sozialversicherungskasse: die in Artikel 20 §§ 1 und 3 des Königlichen Erlasses Nr. 38 vom 27. Juli 1967 zur Einführung des Sozialstatuts der Selbständigen erwähnten Sozialversicherungskassen für Selbständige,

3. Königlichem Erlass vom 14. Dezember 2009 (1): den Königlichen Erlass vom 14. Dezember 2009 zur Verlängerung der Ausführung von Artikel 2bis Absatz 2 erster und zweiter Gedankenstrich des Königlichen Erlasses vom 18. November 1996 zur Einführung einer Sozialversicherung für Selbständige bei Konkurs und für ihnen gleichgestellte Personen in Anwendung der Artikel 29 und 49 des Gesetzes vom 26. Juli 1996 zur Modernisierung der sozialen Sicherheit und zur Sicherung der gesetzlichen Pensionsregelungen,

4. Königlichem Erlass vom 14. Dezember 2009 (2): den Königlichen Erlass vom 14. Dezember 2009 zur Verlängerung der Ausführung von Artikel 2bis Absatz 2 dritter Gedankenstrich des Königlichen Erlasses vom 18. November 1996 zur Einführung einer Sozialversicherung für Selbständige bei Konkurs und für ihnen gleichgestellte Personen in Anwendung der Artikel 29 und 49 des Gesetzes vom 26. Juli 1996 zur Modernisierung der sozialen Sicherheit und zur Sicherung der gesetzlichen Pensionsregelungen,

5. Gesetz über die Kontinuität der Unternehmen: das Gesetz vom 31. Januar 2009 über die Kontinuität der Unternehmen,

6. Gesetz über die kollektive Schuldenregelung: das Gesetz vom 5. Juli 1998 über die kollektive Schuldenregelung und die Möglichkeit eines freihändigen Verkaufs gepfändeter unbeweglicher Güter.

Abschnitt 2 — Zeitweilige Ausdehnung der Sozialversicherung bei Konkurs

Art. 32 - Die in Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 18. November 1996 erwähnte Versicherung ist innerhalb der Grenzen von Artikel 4 § 1 Nr. 1, 2 und 5 und von Artikel 7 desselben Erlasses auf Antrag der Selbständigen in Schwierigkeiten auch auf sie anwendbar, und dies während höchstens sechs Monaten.

Unter "Selbständigen in Schwierigkeiten" versteht man:

— die Selbständigen, die Gegenstand einer gerichtlichen Reorganisation im Sinne des Gesetzes vom 31. Januar 2009 über die Kontinuität der Unternehmen sind, und die Geschäftsführer, Verwalter und aktiven Gesellschafter einer Handelsgesellschaft, die Gegenstand einer solchen gerichtlichen Reorganisation ist,

— die Selbständigen, die außerstande sind, ihren fälligen oder fällig werdenden Schulden nachzukommen im Sinne des Gesetzes vom 5. Juli 1998 über die kollektive Schuldenregelung und die Möglichkeit eines freihändigen Verkaufs gepfändeter unbeweglicher Güter,

— die Selbständigen - einschließlich der Selbständigen, die eine Funktion als Geschäftsführer, Verwalter oder aktiver Gesellschafter in einer Handelsgesellschaft ausüben -, die einen beachtlichen Rückgang des Umsatzes oder ihrer Einkünfte erfahren, so dass sie in eine wirtschaftliche Lage geraten, die derart ist, dass das Risiko eines Konkurses oder einer notorischen Zahlungsunfähigkeit besteht.

Art. 33 - § 1 - Die in Artikel 32 Absatz 2 erwähnten Selbständigen in Schwierigkeiten können auf ihren Antrag hin und unter den in Artikel 34 aufgeführten Bedingungen die im Königlichen Erlass vom 18. November 1996 erwähnten Leistungen während höchstens sechs Monaten beanspruchen.

§ 2 - Wenn ein in Artikel 32 Absatz 2 dritter Gedankenstrich erwähnter Selbständiger bereits vor dem 1. Juli 2010 aufgrund des Königlichen Erlasses vom 14. Dezember 2009 (2) einen solchen Antrag eingereicht und die Genehmigung des Antrags erhalten hat, kann er einen zweiten Antrag im Zeitraum vom 1. Juli 2010 bis zum 30. September 2010 unter der Bedingung einreichen, dass nicht die gleichen in Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 14. Dezember 2009 (2) erwähnten Kriterien oder Fakten geltend gemacht werden wie diejenigen, aufgrund derer dem ersten Antrag stattgegeben worden ist.

Der im vorangehenden Absatz erwähnte Antrag wird mit Gründen versehen. Mit dieser Begründung erbringt der Selbständige anhand einer Erklärung eines zugelassenen Buchhalters oder eines Buchprüfers im Sinne des Gesetzes vom 22. April 1999 über die Berufsordnung für Buchprüfer und Steuerberater oder eines Betriebsrevisors im Sinne des Gesetzes vom 22. Juli 1953 zur Gründung eines Instituts der Betriebsrevisoren oder in Ermangelung dieser Erklärungen anhand einer eidesstattlichen Erklärung mit objektiven Angaben den Nachweis, dass seine wirtschaftliche Lage das Risiko eines Konkurses oder einer notorischen Zahlungsunfähigkeit in sich schließt.

Falls notwendig fügt er seinem Antrag die Belege bei, aus denen hervorgeht, dass er die Bedingungen von Artikel 34 § 2 erfüllt.

Art. 34 - § 1 - Die in Artikel 32 Absatz 2 erster und zweiter Gedankenstrich erwähnten Selbständigen müssen, um in den Genuss der in Artikel 33 § 1 erwähnten Leistung zu kommen, zum Zeitpunkt des Antrags:

— entweder im Rahmen einer kollektiven Schuldenregelung vom Richter im Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis einschließlich zum 30. September 2010 die Homologierung eines gütlichen Schuldenregelungsplans erhalten haben oder einen gerichtlichen Schuldenregelungsplan aufgelegt bekommen haben oder die Anpassung oder Revision des Plans erhalten haben, wie im Gesetz über die kollektive Schuldenregelung erwähnt,

— oder im Rahmen einer gerichtlichen Reorganisation vom Richter im Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis einschließlich zum 30. September 2010 ein Urteil zur Eröffnung des Verfahrens der gerichtlichen Reorganisation erhalten haben, es sei denn, Artikel 40 oder 41 des Gesetzes vom 31. Januar 2009 kommt zur Anwendung.

§ 2 - Die in Artikel 32 Absatz 2 dritter Gedankenstrich erwähnten Selbständigen müssen, um in den Genuss der in Artikel 33 § 1 erwähnten Leistung zu kommen, zum Zeitpunkt des Antrags den Nachweis erbringen, dass sie mindestens zwei der folgenden Kriterien erfüllen:

1. Aus ihren MwSt.-Erklärungen oder den MwSt.-Erklärungen ihres Unternehmens oder einer Erklärung eines zugelassenen Buchhalters, eines Buchprüfers oder eines Betriebsrevisors in Bezug auf das vierte Quartal 2009, auf das erste Quartal 2010 oder auf das zweite Quartal 2010 geht hervor, dass der Umsatz ihres Unternehmens oder, wenn die Selbständigen mehrere Unternehmen haben, der Gesamtumsatz für all ihre Unternehmen um mindestens 50% zurückgegangen ist im Vergleich zum vierten Quartal 2008, zum ersten Quartal 2009 beziehungsweise zum zweiten Quartal 2009.

2. Die Selbständigen erbringen den Nachweis, dass sie frühestens am 1. Juli 2009 und spätestens am 30. Juni 2010 einen Bereinigungsplan für die Zahlung ihrer persönlichen Schulden in Bezug auf die MwSt., die Steuer der natürlichen Personen, die Sozialbeiträge als Selbständiger oder auf die Sozialbeiträge für Arbeitnehmer erhalten haben.

3. Die Selbständigen erbringen den Nachweis, dass ihre persönlichen Schulden in Bezug auf die MwSt., die Steuer der natürlichen Personen, die Sozialbeiträge als Selbständiger oder die Sozialbeiträge für Arbeitnehmer frühestens am 1. Juli 2009 und spätestens am 30. Juni 2010 durch Zwangsmaßnahmen oder Ladung beigetrieben worden sind.

4. Die Selbständigen können den Nachweis erbringen, dass sie oder ihr Unternehmen über einen Kassenkredit verfügten, der im Zeitraum vom 1. Juli 2010 bis zum 30. September 2010 vom Finanzinstitut aufgehoben worden ist.

5. Die Selbständigen erbringen den Nachweis, dass für den Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 30. September 2010 50 % ihres Umsatzes oder des Umsatzes ihres Unternehmens/ihrer Unternehmen von Unternehmen stammt, gegen die im Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 30. September 2010 ein Konkursverfahren oder ein Verfahren der gerichtlichen Reorganisation eröffnet worden ist, oder von Selbständigen stammt, die in diesem Zeitraum in kollektiver Schuldenregelung erklärt worden sind.

6. Die Selbständigen haben im Zeitraum vom 1. Juli 2010 bis zum 30. September 2010 persönlich eine Freistellung der Sozialbeiträge für mindestens zwei Quartale erhalten.

7. Aus ihren MwSt.-Erklärungen oder den MwSt.-Erklärungen ihres Unternehmens oder einer Erklärung eines zugelassenen Buchhalters, eines Buchprüfers oder eines Betriebsrevisors in Bezug auf das vierte Quartal 2009, auf das erste Quartal 2010 oder auf das zweite Quartal 2010 geht hervor, dass der Umsatz ihres Unternehmens oder, wenn die Selbständigen mehrere Unternehmen haben, der Gesamtumsatz für all ihre Unternehmen um mindestens 60% zurückgegangen ist im Vergleich zum vierten Quartal 2007, zum ersten Quartal 2008 beziehungsweise zum zweiten Quartal 2008.

Der Selbständige, der der Ansicht ist, dass er die im vorangehenden Absatz Nr. 1, 5 oder 7 erwähnten Kriterien erfüllt, kann dies anhand einer Erklärung eines zugelassenen Buchhalters oder eines Buchprüfers im Sinne des Gesetzes vom 22. April 1999 über die Berufsordnung für Buchprüfer und Steuerberater oder eines Betriebsrevisors im Sinne des Gesetzes vom 22. Juli 1953 zur Gründung eines Instituts der Betriebsrevisoren belegen.

§ 3 - Die Selbständigen können die in Artikel 33 § 1 erwähnten Leistungen nur erhalten, wenn sie:

1. ihre Versicherungspflicht im Rahmen des Königlichen Erlasses Nr. 38 vom 27. Juli 1967 zur Einführung des Sozialstatuts der Selbständigen während der vier Quartale vor dem ersten Tag des Quartals nach demjenigen, in dem der Antrag stattgefunden hat, nachweisen,

2. für den in Nr. 1 erwähnten Zeitraum die in den Artikeln 12 § 1 und 13bis § 2 Nr. 1 des vorerwähnten Königlichen Erlasses Nr. 38 erwähnten Beiträge geschuldet haben,

3. ihren Hauptwohntort im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen in Belgien haben,

4. keinen Anspruch auf Ersatzeinkünfte geltend machen können,

5. im Zeitraum der Gewährung der Leistungen, die in vorliegendem Erlass erwähnt sind, dem Königlichen Erlass Nr. 38 vom 27. Juli 1967 zur Einführung des Sozialstatuts der Selbständigen weiterhin unterstehen und die in Nr. 2 erwähnten Beiträge weiterhin schulden.

Art. 35 - Die Bestimmungen der Artikel 7bis, 8bis und 10bis des Königlichen Erlasses vom 18. November 1996 sind auch anwendbar.

Der Leistungsempfänger verpflichtet sich dazu, der mit der Zahlung der Leistungen beauftragten Einrichtung jedes Ereignis, das zur Streichung der vorerwähnten Leistungen führen könnte, mitzuteilen.

Ansonsten muss die in Artikel 33 § 1 erwähnte Leistung vollständig erstattet werden.

Jede Änderung der in Artikel 34 § 3 Nr. 1 bis 3 und 5 erwähnten Bedingungen wird für die Leistung mit dem ersten Tag des Monats nach dem Monat dieser Änderung wirksam. Außerdem wird diese Leistung für den ganzen Monat, in dem Anspruch auf Ersatzeinkünfte geltend gemacht werden kann, ausgesetzt.

Art. 36 - Zur Vermeidung des Ausschlusses muss der in Artikel 33 erwähnte Antrag spätestens am 30. September 2010 eingereicht werden.

Die in Artikel 32 Absatz 2 erster und zweiter Gedankenstrich erwähnten Selbständigen, die die im Königlichen Erlass vom 14. Dezember 2009 (1) erwähnte Leistung beziehen oder bezogen haben, können keinen neuen Antrag auf der Grundlage der Eigenschaft als Selbständige, die in Artikel 32 Absatz 2 erster und zweiter Gedankenstrich erwähnt sind, einreichen.

Art. 37 - Die Leistung für die in Artikel 32 erwähnten Personen ist die in Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 18. November 1996 erwähnte Leistung.

Die Zahlung der in Absatz 1 erwähnten monatlichen Leistung beginnt am ersten Tag des Monats nach dem Monat, in dem der Selbständige seinen Antrag eingereicht hat. Wenn die Betreffenden im Laufe dieses Zeitraums eine Person zu Lasten bekommen oder aufhören eine Person zu Lasten zu haben im Sinne von Artikel 255 § 1 Absatz 1 Nr. 1 bis 5 des Königlichen Erlasses vom 3. Juli 1996 zur Ausführung des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung wird der monatliche Betrag ab dem Monat nach diesem Ereignis geändert.

Art. 38 - Die Bestimmungen der Artikel 32 und 33 sind nur anwendbar, sofern der Betreffende nicht:

— wissentlich und willentlich falsche Erklärungen gemacht hat. In diesem Fall müssen die Leistungen, die er infolge der Anwendung der Artikel 32 und 33 eventuell bezogen hat, von den Einrichtungen, die diese Leistungen ausgezahlt haben, zurückgefordert werden,

— seine Zahlungsunfähigkeit offensichtlich organisiert hat im Sinne des Gesetzes über die kollektive Schuldenregelung. In diesem Fall müssen die Leistungen, die er infolge der Anwendung der Artikel 32 und 33 eventuell bezogen hat, von den Einrichtungen, die diese Leistungen ausgezahlt haben, zurückgefordert werden,

— aufgrund der Artikel 72 oder 73 des Gesetzes über die Kontinuität der Unternehmen verurteilt worden ist. In diesem Fall müssen die Leistungen, die er infolge der Anwendung der Artikel 32 und 33 eventuell bezogen hat, von den Einrichtungen, die diese Leistungen ausgezahlt haben, zurückgefordert werden.

Art. 39 - Die Bestimmungen der Artikel 2 bis 5 und 7 bis 14 des Königlichen Erlasses vom 6. Juli 1997 zur Ausführung des Königlichen Erlasses vom 18. November 1996 sind auch auf die im vorliegenden Kapitel erwähnten Personen anwendbar.

Art. 40 - Vorliegender Abschnitt tritt am 1. Juli 2010 in Kraft und gilt für die bis einschließlich zum 30. September 2010 eingereichten Anträge.

Der König kann durch einen im Ministerrat beratenen Erlass die Anwendung des vorliegenden Abschnitts auf die bis zum 31. Dezember 2010 eingereichten Anträge ausdehnen. Zu diesem Zweck passt Er das Beginn- und/oder Enddatum der in Artikel 34 §§ 1 und 2 erwähnten Zeiträume an.

(...)

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Châteauneuf-de-Grasse, den 19. Mai 2010

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister der Finanzen
D. REYNDERS

Die Ministerin der Beschäftigung
Frau J. MILQUET

Die Ministerin der K.M.B. und der Selbständigen
Frau S. LARUELLE

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz
S. DE CLERCK

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

N. 2010 — 3226

[C – 2010/03516]

3 SEPTEMBER 2010. — Koninklijk besluit tot goedkeuring van het reglement van de Commissie voor het Bank-, Financie- en Assurantiewezen van 27 juli 2010 tot wijziging van het reglement van 17 oktober 2006 op het eigen vermogen van de kredietinstellingen en de beleggingsondernemingen

ALBERT II, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 2 augustus 2002 betreffende het toezicht op de financiële sector en de financiële diensten, artikel 64;

Gelet op de wet van 22 maart 1993 op het statuut van en het toezicht op de kredietinstellingen, de artikelen 43 en 49;

Gelet op de wet van 6 april 1995 inzake het statuut van en het toezicht op de beleggingsondernemingen, de artikelen 90 en 95;

Gelet op Richtlijn 2009/27/EG van de Commissie van 7 april 2009 tot wijziging van bepaalde bijlagen bij Richtlijn 2006/49/EG van het Europees Parlement en de Raad wat een aantal technische voorschriften inzake risicobeheer betreft;

Gelet op Richtlijn 2009/83/EG van de Commissie van 27 juli 2009 tot wijziging van bepaalde bijlagen bij Richtlijn 2006/48/EG van het Europees Parlement en de Raad wat een aantal technische voorschriften inzake risicobeheer betreft;

Gelet op Richtlijn 2009/111/EG van het Europees Parlement en de Raad van 16 september 2009 tot wijziging van de Richtlijnen 2006/48/EG, 2006/49/EG en 2007/64/EG wat betreft banken die zijn aangesloten bij centrale instellingen, bepaalde eigenvermogensbestanddelen, grote posities, het toezichtkader en het crisisbeheer;

Gelet op het advies van de Nationale Bank van België ontvangen in overeenstemming met artikel 43, § 5, van de wet van 22 maart 1993 op het statuut van en het toezicht op de kredietinstellingen;

Gelet op het advies van de Raad van Toezicht ontvangen in overeenstemming met artikel 49, § 3, van de wet van 2 augustus 2002 betreffende het toezicht op de financiële sector en de financiële diensten;

Gelet op de raadpleging van de kredietinstellingen en de beleggingsondernemingen via hun beroepsverenigingen;

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

F. 2010 — 3226

[C – 2010/03516]

3 SEPTEMBRE 2010. — Arrêté royal portant approbation du règlement de la Commission bancaire, financière et des Assurances du 27 juillet 2010 modifiant le règlement du 17 octobre 2006 relatif aux fonds propres des établissements de crédit et des entreprises d'investissement

ALBERT II, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 2 août 2002 relative à la surveillance du secteur financier et aux services financiers, l'article 64;

Vu la loi du 22 mars 1993 relative au statut et au contrôle des établissements de crédit, les articles 43 et 49;

Vu la loi du 6 avril 1995 relative au statut et au contrôle des entreprises d'investissement, les articles 90 et 95;

Vu la Directive 2009/27/CE de la Commission du 7 avril 2009 modifiant certaines annexes de la Directive 2006/49/CE du Parlement européen et du Conseil en ce qui concerne les dispositions techniques relatives à la gestion des risques;

Vu la Directive 2009/83/CE de la Commission du 27 juillet 2009 modifiant certaines annexes de la Directive 2006/48/CE du Parlement européen et du Conseil en ce qui concerne les dispositions techniques relatives à la gestion des risques;

Vu la Directive 2009/111/CE du Parlement européen et du Conseil du 16 septembre 2009 modifiant les Directives 2006/48/CE, 2006/49/CE et 2007/64/CE en ce qui concerne les banques affiliées à des institutions centrales, certains éléments des fonds propres, les grands risques, les dispositions en matière de surveillance et la gestion des crises;

Vu l'avis de la Banque Nationale de Belgique reçu conformément à l'article 43, § 5 de la loi du 22 mars 1993 relative au statut et au contrôle des établissements de crédit;

Vu l'avis du Conseil de Surveillance reçu conformément à l'article 49, § 3 de loi du 2 août 2002 relative à la surveillance du secteur financier et aux services financiers;

Vu la consultation des établissements de crédit et des entreprises d'investissement, représentés par leurs associations professionnelles;